

31. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 12. DEZEMBER 2006

Vorlage Nr. 885 ANTRAG
Zu TOP 7 a

A N T R A G

der Stadträtin Doris Baitinger, der Stadträte Dr. Heinrich Maul und Michael Zeh (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 28. November 2006

Bundesgartenschau 2015

Die Verwaltung stellt die einzelnen Schritte dar, wie nach dem Verzicht von Osnabrück die Stadt Karlsruhe vom Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG) den Zuschlag für die Ausrichtung der Bundesgartenschau (Buga) 2015 erhalten kann.

Die Stadt stellt den Finanzrahmen für die Ausrichtung der Buga dar unter Berücksichtigung der bereits im Haushaltsentwurf 2007/2008 eingestellten sowie im Rahmen des Masterplans 2015 ohnehin vorgesehenen Mittel zur Verwirklichung von Teilen der Buga-Planung.

Sachverhalt/Begründung:

Im März 2003 beschloss der Karlsruher Gemeinderat auf Empfehlung der Verwaltung, "die Durchführung der Bundesgartenschau 2015 aus finanziellen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt zurückzunehmen".

Am 21. November 2006 hat der Gemeinderat der Stadt Osnabrück beschlossen, auf die Ausrichtung der Bundesgartenschau (Buga) im Jahre 2015 zu verzichten. Der Rückzug Osnabrücks eröffnet Karlsruhe die Chance, zum 300-jährigen Jubiläum der Stadt doch noch ein nachhaltiges, in der Bevölkerung allgemein akzeptiertes Projekt zu verwirklichen. Die Durchführung der Buga muss im Kontext des Masterplans 2015 gesehen werden, da in dessen 2. Entwurf Teile der Buga-Planung (Landschaftspark Rhein, Rheinauenerlebnispark) bereits als Leitprojekte benannt sind. Die Buga könnte zum zentralen Leitprojekt des Masterplans werden, ohne dass allerdings so wichtige Handlungsfelder wie Bildung und Betreuung sowie Solidarität mit Schwächeren vernachlässigt werden.

gez. Doris Baitinger
gez. Dr. Heinrich Maul
gez. Michael Zeh

Hauptamt - Sitzungsdienste -
1. Dezember 2006

Stellungnahme